

Beschluss

Für einen neuen Aufbruch in der Klimaschutzpolitik

Der Weltklimarat IPCC warnt in seinem neuen Sachstandsbericht vor Dürren, Hitzewellen und einem stärker als erwartet ansteigenden Meeresspiegel. Weltweit droht 2 Milliarden Menschen Wassermangel. Und Deutschland wird immer häufiger von Jahrhundert-Hochwassern heimgesucht. Doch obwohl die Folgen der Klimakatastrophe immer spürbarer werden, verweigern sich Bundesregierung und Europäische Union weiter einer ernsthaften Klimaschutzpolitik. Dabei ist nicht erst seit dem Stern-Report klar, dass Klimaschutz heute billiger ist als die Beseitigung von Schäden in der Zukunft.

In Deutschland steigen die Treibhausgas-Emissionen schon das zweite Jahr in Folge. Begünstigt durch den Preisverfall der Emissionszertifikate und die falsche Politik der Bundesregierung, dem nicht entgegenzusteuern, erzeugen schmutzige Braunkohlekraftwerke so viel Strom wie seit der deutschen Einheit nicht mehr. Gleichzeitig gehen umweltfreundlichere Gaskraftwerke vom Netz, die noch länger für die Lastsicherung benötigt werden. Eine große Koalition der Kohlefreunde in Politik und Wirtschaft will lieber den Ausbau der erneuerbaren Energien bremsen als alte Kohle-meiler abzuregeln. Und während die Bundesregierung die Mittel für Energieeffizienz und Klimaschutz zusammenstreicht, wachsen die Milliardensubventionen für große Dienstwagen und klimaschädliche Industrien weiter.

In Europa ist Deutschland in den vergangenen Jahren vom Klimaschutz-Vorreiter zum Bremser geworden. Die ohnehin schon unzureichenden Reformvorschläge für den angesprochenen Emissionshandel wurden auf deutschen Druck hin weiter verwässert, so wie schon die Energieeffizienz-Richtlinie zuvor. Jetzt kämpft die Bundesregierung seit an seit mit der Autolobby gegen anspruchsvolle CO₂-Grenzwerte, obwohl ein sinkender Spritverbrauch Verbrauchern und Klima nutzen würde. Auch dass sich die EU nicht auf ehrgeizige Klimaziele für 2020 und 2030 einigen kann, liegt maßgeblich an der fehlenden Entschlossenheit Deutschlands.

Wenn das so bleibt, drohen auch die kommenden internationalen Klimaverhandlungen, die im November in Warschau in eine neue Runde gehen, zu scheitern. Spätestens in Paris 2015 muss es endlich zur Vereinbarung eines globalen Klimavertrags kommen, dafür müssen jetzt in Deutschland und Europa die Grundlagen geschaffen werden. Ohne Europa als treibende Kraft und das Vorbild der deutschen Energiewende wird es kein neues Klimaschutzabkommen geben. Einem erneuten Politikversagen werden wir GRÜNE uns mit aller Kraft entgegenstemmen!

Wir kämpfen weiter für einen Neuaufbruch in der Klimapolitik. Denn wir wissen: Beim Klimaschutz geht es um die elementaren Lebensgrundlagen für uns und unsere Kinder. Wirksamer Klimaschutz ist die unabdingbare Voraussetzung für eine gerechtere und friedliche Welt. Und er bietet die gewaltigen wirtschaftlichen Chancen des Green New Deal mit neuen Arbeitsplätzen, bezahlbarer Energie und industrieller Innovation.

Deshalb setzen wir uns weiterhin vehement ein für:

- Ein nationales Klimaschutzgesetz, das Planungssicherheit für die Energiewende schafft, einen Mindestpreis für CO₂ einführt und verlässliche Klimaziele für Energiewirtschaft und Industrie, Verkehr, Haushalte und Landwirtschaft festschreibt.
- Die Erhöhung des EU-Klimaziels für 2020 auf 30% und die schnelle Festlegung ehrgeiziger Ziele der Europäischen Union für den Klimaschutz, die Energieeinsparung und den Ausbau der erneuerbaren Energien bis 2030.
- 100% erneuerbare Energien und eine fair finanzierte, breit getragene Energiewende mit starker Beteiligung der Bürger.
- Eine grundlegende Reform des europäischen Emissionshandels, die ihn wieder zum Motor klimafreundlicher Innovationen macht und dazu überschüssige Zertifikate aus dem Markt nimmt und durch die Anhebung von Klimazielen die handelbaren Zertifikatsmengen kontinuierlich senkt. Zudem sind die Kriterien für die Anerkennung von Emissionsminderungen im Ausland (CDM) grundlegend zu reformieren.
- Den Abbau klimaschädlicher Subventionen, um öffentliche Haushalte zu entlasten und notwendige Projekte für die Energiewende und die ökologische Modernisierung zu finanzieren.
- Einen öffentlichen Energiesparfonds, um konkrete Maßnahmen zur Energieeinsparung insbesondere in einkommensschwachen Haushalten zu finanzieren.
- Anspruchsvolle CO₂-Grenzwerte für PKW und einen starken, klimafreundlichen öffentlichen Personen- und Güterverkehr.
- Eine Reform der europäischen Agrarpolitik, die sich an den Zielen des Klima-, Natur- und Tierschutzes orientiert.

Eine Außenpolitik, die Klimaschutz ins Zentrum rückt, Vorreiter-Allianzen schmiedet und neuen Schwung in die internationalen Klimaverhandlungen bringt.